



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Deutschland vor neuen Entscheidungen	Seite 359
Gesetzgebung und Verwaltung. Neue Vorschriften über die Versendung von Druckschriften in das Ausland. — Die Antwort des Reichskanzlers auf unsere Lebensmittelanfrage.	361
Wirtschaftliche Rundschau.	363

Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften.	Seite 364
Arbeiterschutz. Der Arbeiterschutz in den Munitionsbetrieben.	364
Anderer Organisationen. 50. Jubiläum der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine.	366
Hierzu: Statistische Beilage Nr. 2: Die Arbeiterssekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1917.	

Deutschland vor neuen Entscheidungen.

Seit einigen Monaten bereitet sich eine neue Regierungskrise im Reich vor, die eine Entscheidung für oder gegen die Demokratisierung bringen muß. Wie diese Entscheidung ausfallen mag, ist nicht vorauszusehen; nur ist es jedem klar, daß es nicht wie bisher weiter gehen kann. Eine Regierung, die in der Außenpolitik sich auf die Reichstagsresolution vom Juli 1917 verpflichtet hat, den Brester Frieden mit seinen neuerlichen Zusatzverträgen aber für opportun hält und je nach der militärischen Konjunktur mit den Alldeutschen oder den Anhängern des Verständigungsfriedens geht, ist schon ihrer Wirkung auf das Ausland halber in der heutigen Situation eine Absurdität. Denn es ist klar, daß diese zweideutige Haltung der Reichsregierung, dieser unausgleichbare Widerspruch zwischen Worten und Taten, geeignet ist, den Krieg zu einer permanenten Institution Europas werden zu lassen, während die Völker doch mehr oder minder stark den Tag des Friedens herbeijehnen.

Und doch sind das nicht die stärksten Argumente gegen das „Ministerium Hertling“, wenn wir die Kanzlerschaft des Grafen Hertling so nennen dürfen. Weit mehr entscheidend ist die Lage der inneren Politik, wie sie sich unter Hertlings Führung gestaltet hat. Er übernahm aus der Bethmann'schen Erbschaft eine Reihe Verpflichtungen, die er noch in eigenen Verhandlungen mit den Parteien des Reichstages um einiges vermehrte. Von diesen Verpflichtungen sind bis jetzt blutwenig erfüllt worden. Zugunsten der Gewerkschaften registrieren wir die Aufhebung des § 153 der C.-O., während die Arbeitstammenvorlage im Sinne der Unternehmer und im vollen Widerspruch zu den Arbeiterforderungen gehalten war und nunmehr in der Kommission stecken bleibt, weil die Regierung auf ihrem Standpunkt (dem der industriellen Scharfmacher) beharrt. Daneben wird in weiten Gebieten Preußens das Koalitionsrecht verflümmert, das Versammlungsrecht der Arbeiter aufgehoben, die Rede- und Pressefreiheit aufs äußerste beschränkt, kurzum die schlimmste Willkürherrschaft durchgeführt und die verantwortliche Regierung erweist sich als außerstande, auch nur die geringsten Erleichterungen oder gar Änderungen durchzuführen. Zu Zeiten Bethmanns haben wir auch darüber zu klagen gehabt,

daß ist richtig. Aber wir haben damals doch das Empfinden haben dürfen, daß wenigstens der Kanzler selbst bestrebt war, im Sinne der gesetzlichen Rechte des Volkes und im Sinne der politischen Vernunft zu intervenieren, und es war allgemein bekannt, daß er gegen die Willkürherrschaft einiger Militärbehörden ebenso sehr ankämpfte wie gegen den innerpolitischen reaktionären Klügel überhaupt. Seit einem Jahre haben wir dieses Empfinden nicht mehr, auch weiß man nichts mehr von einem Kampfe der Regierung gegen den reaktionären Klügel, der nach fast dreijährigem Kampfe Bethmann zur Strecke brachte. In der Tat läßt nichts auf einen solchen Kampf schließen, sondern alles deutet darauf hin, daß die Regierung in wichtigen Fragen der äußeren wie der inneren Politik sich dem Klügel fügt.

Eine der wichtigsten dieser Fragen ist das preussische Wahlrecht. Die Regierung Hertlings hat der königlichen Botschaft gemäß eine Vorlage eingebracht, die zwar weit hinter unseren Wünschen zurückbleibt, aber doch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht enthält. Die ungeheuerlichen Provokationen, denen die Volksmassen während des bisherigen parlamentarischen Leidensweges dieser Vorlage ausgegesetzt waren, wurden hier wiederholt erörtert und wir können sie heute übergehen. Aber auch hier war die Haltung der Regierung schwankend, ja sogar zweideutig und es waren wiederholte Vorstöße notwendig, um festzustellen, daß sie noch auf dem Boden ihrer Vorlage und der kaiserlichen Botschaft stand. Zu der längst fälligen Auflösung des Dreiklassenhauses kann sie sich immer noch nicht verstehen, obgleich es außer jeder Diskussion steht, daß wir zur Wiedergewinnung der innerpolitischen Zustände diesen Wahlkampf brauchen, um Klarheit darüber zu schaffen, was in Preußen weiter werden soll. Daß die jetzige Lage unerträglich ist, wurde selbst vom Regierungssuche anerkannt. In den breiten Massen hat man noch ganz andere Bezeichnungen für die Behandlung durch die „parlamentarischen“ Institutionen Preußens, und wenn noch alles verhältnismäßig ruhig abgelaufen ist, so ist das wahrlich nicht auf die schwankende Haltung der Regierung zurückzuführen.

Das Volk ertrug das alles noch, so lange es darauf vertrauen konnte, daß es durch die Ruhe und Arbeit in der Heimat die siegreiche Armee in-

derzahl vorgenommen, die übergroße Mehrzahl der Klassen aber läßt hier alles beim alten. Mehrfach ist bei den großen Klassen die Einrichtung anzutreffen, daß für ledige Mitglieder wie seither 50 v. H. des Grundlohns als Krankengeld gezahlt wird, für verheiratete mit 1—2 Kindern 60 v. H., für solche mit 3 und 4 Kindern 70 v. H. und für die mit 5 und mehr Kindern 75 v. H. Die Abstufung des Hausgeldes (§ 194 R.V.D.) geschieht dann in ähnlicher Weise. Einige andere Klassen haben eine sehr zweckmäßige Einrichtung insofern getroffen, daß sie je nach den Familienverhältnissen Zuschläge gewähren, die für alle Lohnklassen gleich sind, z. B. für verheiratete 25 Pf., für solche mit ein und zwei Kindern 50 Pf., mit mehr Kindern 75 Pf. usw. Eine solche Einrichtung bewirkt eine sehr wünschenswerte Begünstigung der schlechter entlohnerten Versicherten in den niederen Lohnstufen. Leider aber bildet heute eine solche Fürsorge nur eine Ausnahme.

Nach alledem bleibt nichts weiter übrig, als daß die Versichertenvertreter selbst allenthalben die Initiative ergreifen und mit Nachdruck für die Ausgestaltung der Klasse, der sie angehören, eintreten. Am besten werden Anregungen dazu dadurch gegeben, daß die Gewerkschaftskartelle für ihre Bezirke eine Zusammenkunft der Versichertenvertreter der einzelnen Krankenkassen einberufen, in der über die Dringlichkeit der hier besprochenen Ausgestaltungen hingewiesen wird. Durch Beschluß erhalten die Vertreter den Auftrag, bei ihren Klassen mit entsprechenden Anträgen hervorzutreten. Letztere können vom Gewerkschaftskartell oder Arbeitersekretariat angefertigt werden. Derartige Besprechungen und gemeinsame Unternehmungen haben noch den großen Vorteil, daß sie in das örtliche Krankenversicherungs Wesen eine größere Einheitlichkeit bringen. Wie verschiedenartig sind heute noch die Einrichtungen der Krankenkassen auch nur eines Ortes! Durch gemeinsame Unterhandlungen gelang es z. B. in Groß-Berlin, daß sämtliche größere Klassen ein gleiches und einheitliches Lohnstufensystem eingeführt haben und daß auch hinsichtlich der Feuerungszuschläge eine gewisse Übereinstimmung erzielt wurde. Sie werden hier nur in den untersten Lohnstufen in Höhe von 30 Pf. gewährt. Schließlich werden durch solche gemeinsame Besprechungen der Versichertenvertreter auch die rückständigen Klassen in ihren Einrichtungen nachgeholt. Das ist um so mehr nötig, als die in § 259 der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Prüfung der Gleichwertigkeit der Leistungen der Krankenkassen im Bezirke eines Versicherungsamts jetzt während des Krieges nicht vorgenommen wird. Den Gewerkschaftskartellen bietet sich hier ein fruchtbares Arbeitsfeld.

Fr. Kleis.

Literarisches.

Angestellten- und Invalidenversicherung.

Die Zahl der Verordnungen, mit denen der Bundesrat den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen auch in der Sozialgesetzgebung notdürftig Rechnung zu tragen sucht, mehrt sich. Kürzlich ist z. B. erst wieder die Grenze der versicherungspflichtigen Einkommens in der Angestelltenversicherung von 5000 auf 7000 Mk. pro Jahr erhöht worden. Nach dem Kriege wird es notwendig sein, die ganze Sozialversicherung den neuen Verhältnissen anzupassen. Dabei wird den Vertretern der

Versicherten die Aufgabe zufallen, auch ihre alten, bei den früheren Kämpfen unerfüllt gebliebenen Forderungen erneut zu erheben und auf Abstellung der zahlreichen Mängel zu drängen, die sich fortgesetzt aus der Praxis ergeben.

Es ist erfreulich, daß es der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände selbst während des Krieges möglich war, für diese spätere Tätigkeit der Arbeiter- und Angestelltenvertreter schon jetzt wertvolle Vorarbeit zu leisten; denn als eine solche wertvolle Vorarbeit muß die Schrift angesehen werden, die kürzlich im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft aus der Feder von Paul Lange, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, erschienen ist und die betitelt ist: „Die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung.“

An Hand der amtlichen Materialien, insbesondere der Jahresberichte der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, wird in dieser Schrift untersucht, ob die Sonderversicherung in der Praxis die Hoffnungen der Beteiligten erfüllt. Der Verfasser führt den zwingenden Nachweis, daß dies nicht der Fall ist, und kommt deshalb dazu, die Forderung wieder zu erheben, die fast die ganze Angestellten-schaft vertreten hat, als sie begann, eine bessere soziale Fürsorge für das Alter und bei Invalidität für sich und ihre Angehörigen zu verlangen. Damals sah sie in einem Ausbau der Invalidenversicherung den besten Weg und erst als politische Erwägungen die Regierung dazu brachten, sich für eine besondere Angestelltenversicherung zu erwärmen, setzten sich auch Angestelltenvertreter dafür ein. Diejenigen jedoch, denen nicht die Erfüllung politischer Nebenabsichten auch bei der Sozialgesetzgebung das wichtigste ist, werden sich jetzt nach dem Studium der Frage, insbesondere dieser neuen Schrift, nicht mehr der Einsicht verschließen können, daß die Schaffung der Sonderversicherung sowohl vom Standpunkt der Angestellten, als auch von allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus völlig verfehlt war.

Es ist notwendig, daß die Angestellten und die Arbeiter bei neuen Kämpfen um den Ausbau der Sozialgesetzgebung alle Kräfte aufbieten, um dem verfehlten Experiment mit einer besonderen Angestelltenversicherung ein Ende zu bereiten.

F. O.

Mitteilungen.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nummer 39 des „Corr.-Bl.“ wird die Statistische Beilage über, die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1917 beigegeben. Die Nummer erscheint im Gesamtumfang von 32 Seiten.

Die Generalkommission.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Als Mitglieder haben sich gemeldet:

Breslau:	Dindas, Hermann, Gewerkschaftsangestellter.
Duisburg:	Fisch, Bernhard, Kontorangestellter.
Mühlhausen i. Th.:	Neumann, August, Kontorangestellter.
München:	Wahker, Alfons, Parteiangestellter.
Odenburg:	Safenpflug, Joseph, Geschäftsführer.

10 Stimmen, der Parteiausschuß mit 25 gegen 11 Stimmen an. Die Notwendigkeit dieser Stellungnahme der Partei wurde am eindrucksvollsten durch den Parteivorstandenden Ebert begründet*), der den Standpunkt vertrat,

„daß wir keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß ein Frieden um jeden Preis unter keinen Umständen in Betracht kommen kann, sondern daß wir alle das Letzte daran setzen müssen, um die gebotenen Lebensinteressen des Landes und des Volkes zu vertreten. (Sehr richtig!) Zur Sache selbst erklärt er, daß es für den Eintritt in ein Ministerium nur zwei Wege gäbe, entweder wir stellen ein Minimalprogramm auf, oder aber ein Maximalprogramm. Beim Minimalprogramm muß man prüfen, was möglich ist, und da darf man nicht vergessen, daß man in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien operiert und auf dem Wege der Verständigung das durchsetzen muß, was notwendig ist. Dann müsse man darauf Rücksicht nehmen, daß wir in Deutschland mit dem Centrum zusammenzuarbeiten gezwungen sind. Bezüglich des Wahlrechts bedeutete die Forderung die Auflösung des Abgeordnetenhauses, wenn aus der Kommission des Herrenhauses nicht das gleiche Wahlrecht herauskommt. Daher habe ihm erst jetzt wieder erklärt, daß Hertling, wenn nicht baldigst aus dem Ausschuß des Herrenhauses das gleiche Wahlrecht herauskommt, zur Auflösung schreiten wolle. Wollte man das Zentrum für das gleiche Wahlrecht haben, dann gehe es eben ohne Sicherungen in der Schul- und Kulturpolitik nicht ab. Auch im übrigen seien die Bedingungen, die der Vorstand vorschlägt, wohl durchdacht und den Verhältnissen entsprechend. Ueber das Völkerrecht werde eine Verständigung mit den übrigen Parteien und der Regierung möglich sein. Wenn man bedenkt, daß man den Bogen nicht überspannen darf, dann werde man nicht Forderungen aufstellen dürfen, die Verhandlungen von vornherein zum Scheitern zu bringen. Wollte man jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müsse man allerdings die Dinge laufen lassen, aber niemand könne doch der Meinung sein, daß solche Zustände wie in Rußland bei uns wünschenswert sind. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen und sehen, ob wir genug Einfluß bekommen, um unsere Forderungen durchzusetzen. (Bravo!)“

Diese Ausführungen Eberts decken sich durchaus mit dem Standpunkt, den unsere Gewerkschaften einnehmen. Wir müssen tatsächlich alles daransetzen, um zu verhüten, daß die Entwicklung unserer inneren Zustände in russische Bahnen abgedrängt wird. Bei der politischen Verblendung der preussischen Reaktionsäre ist die Gefahr nicht gering, daß der politische Kampf in Anarchie ausarten könnte, und wenn es sich dabei nur um die wohlverdiente Züchtigung der preussischen Mehweleute handelte, brauchte sich die Sozialdemokratie nicht in Unkosten stürzen. Allein, an der Westfront stehen die Millionenheere Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten; sie würden die Gelegenheit sich nicht entgehen lassen, in unser Land einzudringen und uns den Frieden von ihren imperialistischen Kriegskabinetten diktiert lassen. Und deshalb ist der Standpunkt Eberts richtig, daß wir alles daran setzen müssen, um die gebotenen Lebensinteressen des Landes und des Volkes zu vertreten.

Die von der Fraktion und dem Parteiausschuß festgestellten Bedingungen für eventuelle Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung, enthalten in der Tat das Mindestmaß dessen, was gefordert werden muß. Sie verlangen ein größeres Gewicht des Reichstages in der deutschen Politik. Die Volksvertretung soll nicht bloß eine

Nebe- und Maschinensache sein, sondern ihr gebührt der direkte Einfluß auf die Exekutive, in der ihre Vertreter sitzen müssen. Die „Parlamentarisierung“ unserer Regierung darf nichts anderes sein als eine Machterweiterung der Volksvertretung. Auch wer nicht alle Tugenden in demokratischen und alle Unfähigkeiten in unseren bisherigen Beamtenregierungen erblickt, muß heute bei gewissenhafter Prüfung zu dem einzigen Ergebnis kommen, daß dieser Ruf nach vorwärts eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Wir glauben, daß obiges Mindestprogramm der Sozialdemokratie noch zur rechten Zeit gekommen ist; aber es fragt sich, ob die anderen Kreise, die noch entscheiden, das nötige Verständnis für das Gebot der Stunde haben.

Deutschland steht vor der Entscheidung, ob es das Volk in seiner Gesamtheit zum Kampfe für innere und äußere Freiheit aufrufen, oder ob der innere Kampf die Kräfte absorbieren soll. Je schneller die Entscheidung im Sinne des Fortschritts fällt, je besser für unseren Kampf mit dem kriegerischen Imperialismus der Westmächte und je schneller werden wir den Sieg über alle dunklen Mächte erringen, die dem Frieden in der Welt entgegenstehen.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Neue Vorschriften für die Versendung von Druckschriften in das Ausland.

Das Kriegsamt hat unter dem 19. August 1918 folgende Verordnung betreffend Drucksachenversand ins Ausland erlassen:

Im Drucksachenversand nach dem Ausland und den besetzten Gebieten treten aus militärischen Gründen vom 1. September 1918 ab die folgenden Einschränkungen ein:

Druckschriften jeder Art, d. h. Bücher, Kataloge, Preislisten, Zeitschriften, Zeitungen u. ä. dürfen, soweit ihre Ausfuhr mit Rücksicht auf ihren offensichtlichen Inhalt überhaupt zugelassen ist, nach dem Auslande (auch Oesterreich-Ungarn) und den besetzten Gebieten im Postwege nur von solchen Firmen versandt werden, die zur Auflieferung bei bestimmten Postämtern zugelassen sind. Zugelassen werden können:

1. Drucker für die von ihnen gedruckten, Verleger für die von ihnen verlegten Druckschriften,
2. Buchhändler für die Druckschriften, die sie ihrem Lager entnehmen oder im Buchhandelswege beziehen,
3. in das Handelsregister eingetragene Firmen für die Drucksachen, die ihren Geschäftsbetrieb betreffen (Kataloge, Geschäftsberichte, Rundschreiben und dergl.).

Die Zulassung wird von dem Militärbefehlshaber erteilt, der für den Wohnort oder den Ort der Niederlassung des Versenders zuständig ist. Dieser hat auch auf dem Erlaubnischein das von dem Antragsteller angegebene Postamt zu bezeichnen, bei dem die Auflieferungen erfolgen sollen.

Privatpersonen dürfen Druckschriften nach dem Auslande und den besetzten Gebieten nicht mit der Post versenden oder den Versendungsberechtigten zum Versand übergeben. Die Versendungsberechtigten dürfen Druckschriften, die sie im Auftrage anderer versenden, dem Auftraggeber nicht in die Hände geben, auch nicht zur Einsicht auf kurze Zeit.

*) Wir zitieren nach dem „Vorwärts“ vom 24. September.

stand setzte, das Vaterland zu verteidigen und den heißersehnten Frieden zu fördern. Als aber die Friedensoffensive im Westen den erhofften Erfolg nicht brachte und als dann Kühlmann entlassen wurde, weil er eine allen sichtbare Wahrheit, noch dazu im Einvernehmen mit dem Reichskanzler, geäußert hatte, dann wurde die Belastungsprobe zu groß. Das Vertrauen zu dem Kanzler verschwand, aber auch das Vertrauen zu dem ganzen System. Jeder begreift, daß wir mit Hilfe dieses Regierungssystems den Frieden im Westen nicht erringen werden. Das Volk an der Front und das Volk in der Heimat wird zwar seine Pflicht erfüllen, und die feindlichen Mächte sollen sich keine Illusionen machen; niemand denkt daran, sie als „Befreier“ zu rufen. Das Geschick wird das deutsche Volk selbst besorgen, wie es sich auch seiner äußeren Feinde erwehren wird.

Aber eine andere Sache ist es, zu erkennen, daß ein Regierungssystem, das durch die Zweideutigkeit seiner Politik das Vertrauen weitester Volkskreise verloren hat, auch draußen in der Welt mit allgemeinem Mißtrauen betrachtet werden muß. Handelte es sich dabei nur um die imperialistischen Regierungskreise in London, Paris und den Vereinigten Staaten, dann wäre dieses Mißtrauen nicht allzu ernst zu nehmen. Diese Kreise werden Krieg und Haß gegen Deutschland predigen, so lange sie noch auf einen siegreichen Ausgang ihres Krieges hoffen dürfen. Von ihrem Geschrei lassen wir uns in keiner Weise beeinflussen. Aber der Kernpunkt ist ein anderer. Der Imperialismus der Westmächte kann seine Völker nur deshalb fortdauernd mit Erfolg zum Kriege heizen, weil sie sich durch das deutsche Regierungssystem in gleicher Weise bedroht glauben, wie wir uns einst vom Parisismus bedroht sahen. Wenn Wilson, Lloyd Georges, Clemenceau gegen die deutsche „Autokratie“ wettern, dann ist das zweifellos eine nichtswürdige Heuchelei von Leuten, die selbst die Demokratie mit Füßen treten. Daß sie aber mit dieser Heuchelei bei ihren und selbst bei neutralen Völkern Erfolg haben, zeigt, daß unser auch in weiten Kreisen des Inlandes verfaßtes System des Obrigkeitstaates mit seinem Polizeigeist und seiner Willkür sich den Haß und das Mißtrauen der ganzen Welt zugezogen hat.

Mit diesem System zu brechen, ist die höchste Zeit. Die Aufnahme der österreichischen Note seitens der feindlichen Staatsmänner hat den letzten untrüglichen Beweis erbracht, daß diese uns den Frieden diktieren wollen, d. h. erst mit einem Niedergerungenen, aus tausend Wunden blutenden Deutschland den Frieden machen werden, wie sie ihn wollen. Dahin darf es nicht kommen. Die Stunde ist wieder da, wo das ganze Volk wie ein Mann aufstehen muß, um die Gefahr abzuwenden. Der Triumph des anglo-französischen Imperialismus wäre der Ruin Deutschlands; diesen Triumph müssen wir verhindern.

Der Weg dazu geht aber nur über den Systemwechsel, der allein den Volksmassen neuen Mut und neue Begeisterung zum Ertragen der neuen Opfer bringen kann. Nicht das Ausschiffen einzelner Minister kann hier helfen, das System muß fallen, weil es das Volk entzweit und uns so dem Ruin entgegenführen müßte. Das System muß fallen, weil wir den Krieg siegreich bestehen wollen.

Das ist die Situation, die der Parteiausschuß und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 23. d. Mts. zu beraten hatten. Ein Systemwechsel

kann nur unter Anteilnahme der Sozialdemokratie durchgeführt werden und sie mußte sich daher schlüssig werden, ob sie eintretendfalls bereit ist, einen Teil der Verantwortung für die Regierung des Reiches zu übernehmen oder nicht. Leicht ist diese Entscheidung nicht, denn die Auffassung der organisierten Arbeiterklasse von dem Wesen und den Aufgaben des Staates unterscheidet sich von der der bürgerlichen Parteien in ganz wesentlichen Punkten. Auch bei einigem Entgegenkommen der unserer demokratischen Auffassung am nächsten stehenden bürgerlichen Parteien bleibt in der Reichsverwaltung und vor allem in Preußen noch so viel Reaktion übrig, daß die Partei im Zweifel sein könnte, ob der Kampf innerhalb oder außerhalb der Regierung am besten zu führen ist.

Die verantwortlichen Parteinstanzen haben sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß von einem einfachen Eintreten sozialdemokratischer Minister in eine Regierung der Autokratie keine Rede sein kann. Soll die Sozialdemokratie sich an der Regierung beteiligen, dann nur im Rahmen eines Systemwechsels. Ein solcher müßte mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. Uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917 mit der Bereitschaftserklärung, einem Völkerbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Behandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht;

2. vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verstäändigung über Entschädigung, ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegros;

3. die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis sein für den allgemeinen Friedensschluß; sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten, bei Friedensschluß sind die besetzten Länder frei zu geben, demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu begründen;

4. Autonomie Elsaß-Lothringens, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelfares Wahlrecht, der preussische Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhausauschusses hervorgeht;

5. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parteilichkeit entsprechen; Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen;

6. sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden, die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewendet werden (Fragen der Kriegstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial), Einrichtung einer politischen Kontrolle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden, Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. —

Die Reichstagsfraktion nahm dieses Mindestprogramm des Parteivorstandes mit 55 gegen

kann dem Wunsche, die Kartoffelration zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entsprechen werden. Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Erfassung des gesamten Ernteüberschusses sind getroffen. Bevor sich aber die Ernte, für deren Ausfall die Bitterung dieser Wochen von nachhaltigem Einfluß ist, nicht genügend übersehen läßt, kann die Inaussichtstellung einer höheren Wochenmenge nicht verantwortet werden. Ermöglicht es die Ernte, mehr als 7 Pfund zu geben, und gestattet die Transportlage das Abrollen der dadurch bedingten Mehrmengen, so wird nicht gezögert werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis der Eingabe, daß es im vergangenen Jahre vielerorts möglich gewesen sei, im Schleichhandel Kartoffeln über die öffentlich gegebene Menge hinaus zu erwerben, beweist nicht, daß die Ernte und die Transportlage die allgemeine Zuteilung von mehr als sieben Pfund erlaubt hätten. Der Rührigkeit des einzelnen, unterstützt durch Vieler unerlaubt hoher Preise, wird es vielfach gelingen, Mengen zu erfassen und zu befördern, die der öffentlichen Wirtschaft entgehen; es geschieht dies aber auf Kosten der anderen, wie sich auch im vergangenen Jahre gezeigt hat, indem gerade in den Gegenden, aus denen im Schleichhandel Kartoffeln herausgezogen waren, das Lieferungsoll nicht erfüllt werden konnte.

Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahr nicht ganz vermieden werden können; sie werden aber, wie bisher, überwunden werden. Gegenüber allen Unzulänglichkeiten und Entbehrungen darf die gewaltige Tatsache nicht vergessen werden, daß die Aushungrungspläne der Feinde dank der ergriffenen Maßnahmen gescheitert sind.

gez. von Hertling.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Wege des Industrie-Zusammenschlusses. — Einkaufsgenossenschaften für die Industrie. — Verbilligung der Gestehungskosten. — Ausschaltung von Zwischenhänden. — Rationalisierung des Herstellungsprozesses.

Im Septemberheft der „Preussischen Jahrbücher“ wirft der Direktor der „Berlin-Anhaltischen Maschinenbau A.-G.“, Herbert Peiser, die Frage auf, ob der Zusammenschluß gleichartiger Gewerbe zu Verbänden und Kartellen, der bereits vor dem Kriege unserem Wirtschaftsleben sein Gepräge gab und im Kriege schnelle Fortschritte gemacht hat, durch gradlinige Verlängerung des bisher gewordenen den Problemen gerecht werden kann, denen wir uns beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft gegenüber befinden. Er gelangt zu einer Verneinung. Kartelle und Organisationen ähnlicher Art werden bestehen bleiben, meint er, aber sie sind Kinder einer vergangenen Wirtschaftsperiode und in ihrem Aufbau wenig dazu angetan, der über uns hereingebrochenen neuen Probleme Herr zu werden. Die Aufgabe, die heute zu lösen ist, und der alle unsere wirtschaftlichen Organisationen zu dienen haben, ist die, eine Verbilligung der Produktionskosten herbeizuführen.

Heute, betont er, handelt es sich nicht mehr, wie meist vor dem Kriege, lediglich darum, die gegenseitige Unterbietung auszuschalten und so den Prozentsatz des Gewinnes zu erhöhen, sondern darum, die Selbstkosten zu vermindern, um auf dem Weltmarkt überhaupt wieder Fuß fassen zu können. Heute wälzt eine Produktionsstufe immer ihre eigenen gesteigerten Selbstkosten auf die nächste Stufe

ab, ungeachtet der Preissteigerung im Endprodukt. In gleicher Richtung wirken die Steuern, die, wie Kohlensteuer und Warenumsatzsteuer, sogar ausdrücklich abgewälzt werden sollen. Ein industrielles Aufblühen Deutschlands nach dem Kriege ist nur bei Wiederaufnahme des Exports möglich. Zum Export aber gehören konkurrenzfähige Preise. Daher läßt sich die Preissteigerung der Erzeugnisse nicht ins Unendliche fortsetzen. Ein weites Feld für eine Betätigung in solcher Richtung bietet nach seiner Meinung nun die bisher völlig organisationslose Beschaffung von Rohstoffen und Rohmaterial durch die Industrie.

Als Direktor der „Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-A.-G.“ kennt Peiser die Anforderungen des Geschäfts sicherlich. Den Einwand, daß seine Vorschläge theoretisch einleuchtend, aber nur der Unkenntnis geschäftlicher Praxis entspringen, wird man gegen ihn also kaum erheben können. Zur Erreichung der von ihm aufgestellten Ziele empfiehlt er den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Industrie zu Einkaufs- und später zu Produktions-Gemeinschaften. Betrachtet man zunächst den Handel, der von der Industrie lebt, so zeigt sich, wie Peiser hervorhebt, daß, je weiter man, von den Großbetrieben anfangend, der mittleren und kleinen Industrie sich nähert, desto größer auch die Anzahl derjenigen Betriebsmaterialien und Rohstoffe wird, bei deren Beschaffung das Einzelunternehmen auf den Handel angewiesen ist. Je umfassender andererseits das Industrieunternehmen, desto vielseitiger wiederum sind seine Bedürfnisse. Faßt man beispielsweise die Maschinen-Industrie ins Auge, so braucht man nur an die Menge der als Unkostenmaterialien bekannten Waren zu denken, wie: Öle, Fette, Chemikalien, Treibriemen, Borstenwaren, Transportgeräte, Wäsche, Papier, Druckfaden usw., um zu ermessen, welchen Verbrauchsfaktor eine auch nur örtlich zusammengeschlossene Industrie darstellt. Im Anschluß hieran ist das weitere Gebiet zu betrachten, bei dem die entwickelteren Firmen unter Ausschaltung des Händlers direkt vom Erzeuger kaufen oder teilweise bereits eigene Fabrikation ausüben, wie: Schrauben, Nieten, Stahl, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen; und schließlich das große Gebiet des Rohmaterials der Bleche, Stabeisen, Formeisen, Rohre, Roheisen, Koks, Kohle usw.

Angenommen, sagt er zur weiteren Begründung, einige führende Firmen der Metallindustrie Groß-Berlins oder eines anderen industriellen Centrums schließen sich in einer G. m. b. H. zusammen und erwerben zunächst eine Eisen- und Werkzeug-Großhandlung, die in gleicher Weise wie bisher völlig selbstständig weitergeführt wird. Der Anreiz, bei der G. m. b. H. zu kaufen, soll darin liegen, daß, wie bei Konsumgenossenschaften, der verteilbare Gewinn der G. m. b. H. am Jahresluß nach dem Prozentsatz der Einkäufe, also nicht nach dem Prozentsatz des investierten Kapitals, verteilt wird. Erweist sich die G. m. b. H. auf dieser neuen Grundlage als lebensfähig, so wird darangegangen, eine Händlerfirma auf anderem Gebiete, beispielsweise eine Chemikalien-Großhandlung, aufzukaufen und deren Geschäfte dann auf gleicher Grundlage in Angliederung an die G. m. b. H. weiterzuführen. Im Anschluß hieran wird nun der wichtigste Schritt getan. Es wird Industriefirmen anheimgestellt, als Genossenschaftler der G. m. b. H. beizutreten. In gleicher Weise wäre dann ein Gebiet nach dem andern, das vorläufig dem Handel überlassen ist, zu erschließen. Aber auch auf den Gebieten, wo die

Die Militärbefehlshaber können von dem Verbot der Versendung von Druckschriften durch Privatpersonen in besonderen Fällen für einzelne Sendungen Ausnahmen bewilligen.

Feldpostsendungen an Angehörige des Heeres und der Marine sowie an andere Feldpostberechtigte werden hiervon nicht betroffen.

Ebenso bleibt der Versand von Zeitungen durch die Verlagspostanstalten (Postbezug) unberührt.

Bei den Postanstalten werden Brief- und Paket sendungen von Privatpersonen nach dem Ausland und den besetzten Gebieten von der Annahme und Beförderung ausgeschlossen, wenn sie Bücher, Drucksachen, Kataloge usw., kurz Druckschriften aller Art, enthalten und der Auflieferer nicht eine von dem für den Wohnsitz des Versenders zuständigen Militärbefehlshaber (stellvert. Generalkommando usw.) ordnungsmäßig ausgestellte Zulassungsurkunde für den Auslandsversand von Druckschriften vorweist.

Die Sendungen sind stets bei ein und derselben vom Antragsteller zu wählenden, vom Militärbefehlshaber auf der Zulassungsurkunde vermerkten Postanstalt aufzuliefern; diese ist ermächtigt, einen Ausweis darüber zu verlangen, daß der Auflieferer von der zugelassenen Firma kommt.

In den Briefkästen geworfene derartige Sendungen werden nicht befördert, sondern den Absendern, sofern diese zu ermitteln sind, zurückgegeben, im andern Falle als unanbringlich behandelt.

Die zum Auslandsversand zugelassenen Firmen sind verpflichtet, ihre Sendungen äußerlich, d. h. auf dem Umschlag bzw. der Einhüllung, durch ihren Firmenstempel oder Firmenaufdruck kenntlich zu machen.

Für die Auslandsversandungen der vorerwähnten Drucker, Verleger, Buchhändler und Firmen dürfen im Gegensatz zu den bisher bestehenden diesbezüglichen Verboten Aufklebezettel mit der Anschrift verwendet werden.

Anträge auf Zulassung zur Versendung von Druckschriften in das Ausland und die besetzten Gebiete sind im allgemeinen an die stellvertretenden Generalkommandos, in Berlin an das Oberkommando in den Marken und in Festungen an den Gouverneur zu richten.

Die Antwort des Reichskanzlers auf unsere Lebensmitteleingabe.

Auf die in Nr. 37 des „Corr.-Bl.“ veröffentlichte Eingabe des Parteivorstandes und der Generalkommission wegen der Fragen des Ernährungswesens hat der Reichskanzler wie folgt geantwortet:

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln, von denen die Eingabe vom 9. September 1918 handelt, werden von mir lebhaft mitempfunden. Seit die Absicht der Feinde, Deutschland durch Hunger zu besiegen, hervortrat, bilden sie den Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge der verantwortlichen Stellen. Mit den Unterzeichnern der Eingabe und allen anderen Bevölkerungsstreifen bin ich der Ansicht, daß alles geschehen muß, um die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst gleichmäßig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise erwachsenden Lasten zu mildern. Die mit der Versorgung betrauten Ämter sind, unterstützt durch einen aus Mitgliedern der Parteien des Reichstags gebildeten Beirat, unablässig in dieser Richtung bemüht.

Als Grund für die Teuerung der Lebensmittel führt die Eingabe die Politik des Kriegsernährungsamts an, die lediglich durch Preisanstieg

eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuche. Diese Auffassung beruht auf irrigen Voraussetzungen. Die durch das Abschneiden der Zufuhr bewirkte Knappheit an Lebensmitteln und sonstigem Lebensbedarf wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften, von denen ein erheblicher Teil durch die Kriegsführung unmittelbar in Anspruch genommen ist, naturnotwendig auf eine Steigerung aller Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft weiter Kreise und die Vermehrung der Geldumlaufmittel wirken in der gleichen Richtung. Demgegenüber ist die Politik der Regierung von Anfang an darauf gerichtet gewesen, die Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel auf erträglicher Höhe zu halten, mit dem Erfolg, daß die inländischen Preise, insbesondere für Getreide und Kartoffeln, durchweg wesentlich niedriger sind als die des Auslandes, und daß bei einem der wichtigsten Lebensmittel, der Kartoffel, der inländische Preis des Vorjahres in diesem Jahre in der Hauptsache hat beibehalten werden können.

Bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß aber auf die Erschwernisse Rücksicht genommen werden, mit denen die Landwirtschaft während des Krieges zu kämpfen hat. Durch Einziehung der Arbeitskräfte, Aushebung der Pferde, Verringerung des Viehstandes, Mangel an Dünger und sonstige Umstände sind ihre Betriebsmittel geschwächt. In der Leitung des Betriebes müssen die im Felde stehenden Männer vielfach von Frauen oder anderen ungeübten Kräften vertreten werden. Die Beschaffung von Arbeitskräften, die Ergänzung und Instandhaltung des Inventars ist, wenn überhaupt, nur mit sehr erheblichen Kosten möglich. Ohne die Leistungen der Landwirtschaft wäre der Krieg längst verloren; die Erhaltung ihrer Leistungskraft ist ein Lebensinteresse des deutschen Volkes, das, wenn auch auf eine Hebung der Einfuhr aus dem Osten gehofft werden kann, in der Hauptsache auf die eigene Erzeugung angewiesen bleibt. Es ist daher nicht einseitige Berücksichtigung der Produzenteninteressen, wenn die verantwortlichen Stellen bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse diesen Mehrkosten und Erschwernungen Rechnung tragen, sondern eine durch die Lage der Dinge gebotene, ebenso im Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger liegende Maßnahme.

Dem Umstand, daß die Preise auch bei sachgemäßem Ausgleich der entgegenstehenden Interessen eine schwere Belastung weiter Kreise, insbesondere der nicht zur Rüstungsindustrie zählenden Arbeiter, des Mittelstandes und der Festbesoldeten bedeuten, wird durch Beihilfen und Zulagen aus öffentlichen Mitteln, nach Möglichkeit Rechnung getragen; die Aufwendungen hierfür haben bereits den Betrag vieler Milliarden erreicht. Der Wucher und der Schleichhandel, die häßlichen Begleiterscheinungen der Kriegswirtschaft, werden mit allem Nachdruck bekämpft. Einen vollen Erfolg können die behördlichen Maßnahmen aber nur dann erzielen, wenn sie von allen Volkstreifen in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden.

Die Ernährungslage ist im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen unzweifelhaft besser gewesen als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungünstiger stellen. Die Annahme, daß die Herabsetzung der Brotration eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch Anordnung der Brotstreckung vom 1. Oktober ab wird die Möglichkeit gewährt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben. Dagegen

Industrie bisher direkt vom Erzeuger zu kaufen gewohnt ist, kann die G. m. b. H. tätig sein. In diesem Fall tritt sie den Erzeugern als Einkaufsagent gegenüber mit dem sich aus der Geschlossenheit ergebenden überragenden Bedarf und vermittelt gegen eine kleine Einkaufsprovision die Einkäufe zu besonders günstigen Preisen. Aus dem großen, gleichmäßigen Bedarf ergibt sich weiter die Möglichkeit, kleinere Fabriken zu erwerben und zu betreiben.

Es ist schon oft an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß z. B. in der Schwerindustrie und einigen anderen Zweigen der Großindustrie alle Voraussetzungen für die Zusammenfassung der Kräfte und die Rationalisierung der Produktion in sich gegeben sind und tatsächlich zweckbewußt durchgeführt werden, teils durch den hohen Stand der Vertrustung, zum anderen Teil durch die besondere Art der von den Industrien geschaffenen Organisationen. Diese großen Vorzüge fehlen aber den mittleren und kleineren Industrien, und alle Versuche, auf eine Beseitigung dieser Mängel hinzuwirken, durch Inangriffnahme gemeinwirtschaftlicher Politik, stoßen auf den Widerstand der Großindustrie. Für dieses Verhalten läßt sich nur die Erklärung finden, daß die Großindustrie aus einer planmäßigen organisatorischen Arbeit dieser Art für ihre eigenen Unternehmungen eine Stärkung der Bewegung befürchtet, die zu mindesten eine staatliche Kontrolle der Geschäftsführung ihrer Unternehmungskomplexe und Organisationen verlangt.

Ist der Gedanke, daß auf wirtschaftlichem Gebiet nur im Zusammenschluß die wirtschaftlichen Kräfte freizumachen sind, auch Allgemeinut geworden, so bedeutet das aber nicht, wie Peiser zum Schluß seiner Arbeit betont, daß man die letzte Firma gegen ihren Willen in Berufsverbände zwingen und so den Wirtschaftsprozess durch mechanisch-horizontale Gliederung in eine immer größere Anzahl von Einzelprozessen zerreißen muß, sondern es gilt unter Verbeibehaltung größtmöglicher Selbstständigkeit der Einzelunternehmer den Zusammenschluß auf den Gebieten herbeizuführen, wo das gemeinsame Interesse die natürliche Grundlage bildet. Dem Abnehmer gegenüber und für manche anderen Arbeitsgebiete erfüllt diesen Zweck in vorbildlicher Weise der Berufsverband, der aus unserem Wirtschaftsleben daher nicht mehr verschwinden wird. Für die vor uns liegende, im Augenblick wichtigste Aufgabe einer Verbilligung der Herstellungskosten und einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der verarbeitenden Industrie scheinen aber Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften der richtige und notwendige Schritt zu sein.

Als Vorzug seines Planes glaubt der Verfasser es bezeichnen zu können, daß es zur Errichtung von Genossenschaften keiner behördlichen Regelung, keiner staatlichen Hilfe und keines Staatszwanges bedarf. Die Genossenschaft auf vorstehender Grundlage erhält sich, im Gegensatz zu dem schwerfällig arbeitenden, staatlichen Kartell jung; denn sie muß leistungsfähig bleiben, sonst verkümmert sie. Ihre Struktur entspricht der vorgeschrittenen industriellen Wirtschaftsstufe, auf der sich Deutschland befindet, sie ist, mit der für eine sparsame Produktion unbedingt notwendigen Ausschaltung aller entbehrlichen Zwischenstufen und Zersplitterungen eine folgerichtige Ergänzung der bisherigen Entwicklung von Berufssyndikaten und Kartellen.

Ohne Zweifel ist der Gedanke einer Anwendung des Genossenschaftsprinzips bei der Politik der Sammlung, die alle Zweige unseres Wirtschaftslebens aus Selbsterhaltungspflicht nach dem Kriege werden

betätigen müssen, außerordentlich sympathisch und fruchtbringend. Aber nach dem Wunsch und Entwurf des Direktors Peiser wird für die Industrie nur eine Vereinfachung des Bezuges von Rohstoffen und anderen Materialien bewirkt, eine Verbilligung durch Ausschaltung überflüssiger Zwischenhändler beim Einkauf herbeigeführt. Das kann und wird in vielen Fällen sehr wertvoll sein, aber die Frage der Produktion selbst bleibt völlig unberührt, der Herstellungsprozess als die Hauptquelle für eine Verbilligung der Herstellungskosten würde dabei nach wie vor der Rationalisierung entbehren. Die Hauptsache fehlt also. Hier gilt es einzusetzen, und auf der Basis, die Peiser empfiehlt, weiterzubauen.

Berlin, 24. September.

Julius Kaliski.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Nach der jüngsten der von der Generalkommission vierteljährlich vorgenommenen Erhebungen zählten die ihr angeschlossenen Zentralverbände, ohne die Verbände der Chorjäger und Deutschen Eisenbahner, am Schlusse des zweiten Vierteljahres zusammen 1 360 799 Mitglieder, darunter 362 617 weibliche, gegen 1 336 519 am Ende des vorigen Vierteljahres. Es vermehrte sich die Mitgliederzahl seit dem 31. März um 33 280 und seit Ende des Jahres 1917 um 105 065. Gegenüber dem Bestande am Schlusse des zweiten Vierteljahres 1913 ist noch ein Verlust von 1 148 786 = 45,6 Prozent zu verzeichnen. Die Verbände der Bergarbeiter, Bureauangestellten und Sattler und Portefeuille haben den Bestand der Mitglieder vor dem Kriege gegenwärtig bereits überschritten. Arbeitslos waren Ende Juni 2463 männliche = 0,2 Prozent, 8410 weibliche = 2,4 Prozent, zusammen 10 873 Mitglieder = 0,8 Prozent. Seit Beginn des Krieges verausgabten die Zentralverbände für Unterstützungen zusammen 73 125 203 M., davon für Arbeitslosenunterstützung 25 662 017 M. und für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 26 662 017 M. Im Zentralverein der Bildhauer sind am 1. September die neuen Unterstützungsätze in Kraft getreten. Die Streikunterstützung beträgt 3 M. täglich mit Kinderzulagen von 1,50 M. wöchentlich für jedes Kind. Die Arbeitslosenunterstützung ist je nach der Beitragshöhe auf 1,15 M. bzw. 1,50 M. täglich erhöht.

Arbeiterschutz.

Der Arbeiterschutz in den Munitionsbetrieben.

Die schweren Unfälle in den Betrieben zur Herstellung und Verarbeitung von Sprengstoffen haben wiederholt Anlaß gegeben, im Reichstag auf eine Anordnung besserer Arbeiterschutzvorschriften und durchgreifende Betriebsüberwachung hinzuwirken. Der schwere Unfall in Plauen im Juli d. J. bot erneut Anlaß, die Frage zu erörtern. Die Generalkommission der Gewerkschaften wandte sich deshalb an das Reichswirtschaftsamt mit dem Ersuchen, in einer persönlichen Aussprache die Maßnahmen zu prüfen, die notwendig sind, ähnliche schwere Unglücksfälle, insbesondere wie sie auch schon vorher in Detmold und Sachsenhausen bei Frankfurt a. M. und anderen Orten sich ereigneten, zu verhindern. Die Aussprache fand unter Hinzuziehung der Vertreter der übrigen Gewerkschaften am 18. September im Reichswirtschaftsamt statt.

Von den Arbeitervertretern wurde unter Hinweis auf die mangelhafte Einrichtung des Betriebes Plauen dargetan, welche Minderung in der Ueberwachung und den Betriebseinrichtungen notwendig sind. Es müsse die zentrale Aufsichtsstelle im Kriegsamt allgemeine Anordnungen erlassen über Sicherheitseinrichtungen gegen Feuer- und Explosionsgefahren. Diese Anordnungen sollten in den Betrieben zum Aushang kommen, damit die Arbeiter selbst eine Uebersicht darüber gewinnen und mit für die Innehaltung Sorge tragen können. Zu den Ueberwachungsausschüssen, die dauernd die Betriebe zu kontrollieren haben, müssen Vertreter der Arbeiter hinzugezogen werden, deren praktische Erfahrungen bei der Feststellung von Mängeln in den Betrieben von größtem Wert sind. Der Ueberwachungsausschuß müsse ferner allen Arbeitern für Beschwerden offen stehen. Im Betriebe muß durch Anschlag die Adresse des Ausschusses unter Hinweis auf die Entgegennahme von Beschwerden bekanntgegeben werden. Notwendig sei bei der großen Feuer- und Explosionsgefahr dieser Betriebe, daß dauernd ein oder mehrere Beamte, je nach der Größe des Betriebes, mit der Kontrolle beauftragt werden. Diese Beamten sollen nicht von der Betriebsleitung, sondern aus Reichsmitteln besoldet werden, damit sie völlig unabhängig ihre Pflichten erfüllen können. Es muß verboten werden, daß in übereinanderliegenden Räumen die Betriebsstätten eingerichtet werden und die Lagerung von Explosionsstoffen muß in besonderen Räumen erfolgen. Die Lagerung in den Betriebsstätten muß streng untersagt werden. Die Arbeitsräume müssen in kleinere Abteile durch massive Wände abgeteilt werden, damit nicht, wie es geschehen ist, ein Brand sich plötzlich über eine Arbeitsstätte verbreiten kann, in der mehrere hundert Personen beschäftigt sind. Es habe sich herausgestellt, daß nicht genügend Ausgänge bei dem Betrieb in Plauen vorhanden waren, daß die Fenster nur nach innen aufgingen und nicht durch Handgriffe geschlossen waren, sondern nur mit einem Schlüssel geöffnet werden konnten und nur ein Schlüssel zur Öffnung vorhanden war. Ferner sei festgestellt, daß einige Fenster im Fabrikbetriebe vergittert waren. Es sei bedauerlich, daß der Ueberwachungsausschuß nicht Anordnungen getroffen hat, diese Mängel des Betriebes zu beseitigen. Hier müssen ganz bestimmte Grundsätze aufgestellt und durchgeführt werden. Für Arbeiten, die eine ganz besondere Gefahr bieten, müsse die Heranziehung von jugendlichen Arbeitern gänzlich untersagt werden. Die Akkordarbeit sollte in solchen Betrieben aufhören, weil sie leicht dazu verführt, in der Hast der Arbeit notwendige Sicherheitsvorschriften unbeachtet zu lassen. Eine wesentliche Ursache der Unglücksfälle dürfte sein, daß ungeübte Personen, die mit der Gefahr des Betriebes nicht vertraut sind, zur Arbeit herangezogen werden. Hier muß dringend gefordert werden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen die nötige Aufklärung erhalten, sowohl durch Ueberreichung von Merkblättern sowie durch mündliche Uebersetzung. Bei der bisherigen Ueberwachung der Betriebe gewinne man den Eindruck, als ob die Ueberwachungsausschüsse, in denen die Vertreter der Militärverwaltung einen bestimmenden Einfluß haben, mehr darauf sehen, daß die Produktion gefördert wird und erst an zweiter Stelle die weniger eifrige Kontrolle des Arbeiterschutzes betreiben. Hier scheint es geboten, daß das Reichswirtschaftsamt als die zuständige Instanz einen größeren Einfluß gewinnt.

Für die Betriebe, in denen Nitrobenzol hergestellt oder verarbeitet wird, wurde gleichfalls die Beachtung ähnlicher Sicherheitsvorschriften gefordert und hinzugefügt, daß die Gase, die in diesen Betrieben entstehen, eine besondere Gefahr für Leben und Gesundheit der dort Beschäftigten bieten. Hier sei eine eingehende Belehrung der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen darüber notwendig, welche Vorsichtsmaßregeln geboten sind, um die Gefahr abzuwenden. Auch würde es sich empfehlen, daß jeder Beschäftigte ein Merkblatt erhält, auf dem er sich darüber belehren kann, wie er sich am besten gegen die Gesundheitschädigung in diesen Betrieben schützt. Ferner sei eine dauernde ärztliche Kontrolle der Arbeiter notwendig und kranke Arbeiter müßten von der Beschäftigung ausgeschlossen werden. — Von den Vertretern des Reichswirtschaftsamts, des Kriegsamts und des preussischen Handelsministeriums wurde gleich den Vertretern der Gewerkschaften das Bedauern ausgesprochen über die Unfälle, die soviel Opfer gefordert haben. Man ist damit beschäftigt, die Arbeiterschutzbvorschriften zu erweitern. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß es während des Krieges bei der sofort eintreffenden ungeheuren Steigerung der Sprengstoff- und Munitionsfertigung nicht möglich war, dazu durchweg neue, allen im Frieden geltenden Forderungen entsprechende Anlagen zu errichten, sondern daß dafür vielfach bestehende und bisher zu anderen Zwecken verwendete Anlagen benutzt werden mußten, bei denen man sich vielfach mit vorläufigen Sicherheitsmaßnahmen begnügen mußte. Die zuständigen Stellen seien stets mit Nachdruck bestrebt gewesen, einen möglichst weitgehenden Schutz der Arbeiter in den Sprengstoff- und Munitionsfabriken sicherzustellen. Zu dem Zweck wurde Anfang 1917 beim Kriegsamt eine besondere Centralaufsichtsstelle eingerichtet, welcher die sachkundigen Vertreter der in Frage kommenden Behörden angehören. Ferner wurden bei den einzelnen Kriegsamtstellen Ueberwachungsausschüsse gebildet, die aus einem Sachverständigen der Kriegsamtstelle, dem zuständigen Regierungs- und Gewerberat und einem brandtechnischen Mitgliede bestehen. Ihre Tätigkeit wird von der Centralaufsichtsstelle auf Grund einer besonderen Geschäftsordnung geregelt. Darin ist auch vorgesehen, daß die Ueberwachungsausschüsse zu ihren Arbeiten Vertreter der Berufsgenossenschaften und Vertrauensleute der Arbeiter hinzuziehen.

Die Sprengstoff- und Munitionsfabriken werden regelmäßig von den Ueberwachungsausschüssen besichtigt. Dabei werden die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen angeordnet und ihre Durchführung überwacht. Die Centralaufsichtsstelle hat für die einzelnen Betriebsarten der Sprengstoff- und Munitionsherstellung besondere Vorschriften-Merkblätter herausgegeben, welche den Ueberwachungsausschüssen als Richtschnur bei ihren Revisionen dienen. Bei besonderen Anlässen werden die Betriebe von den Mitgliedern der Centralaufsichtsstelle besichtigt. — Auch die Kartuschieranstalt in Plauen, in der das beklagenswerte Unglück vorgekommen ist, ist wiederholt von dem zuständigen Ueberwachungsausschuß besichtigt worden. Bereits vor 1½ Jahren wurden eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen, darunter auch die Herstellung mehrerer Notausgänge in den beiden für den Kartuschierbetrieb benutzten Geschossen angeordnet und durchgeführt. Wenn trotzdem das Unglück in Plauen soviel Opfer forderte, so lag dies daran, daß der aus einer bisher unaufgeklärten Ur-

sache ausgebrochene Brand sich in wenigen Sekunden durch die ganzen Betriebsräume verbreitet und daß die Arbeiter größtenteils keine Möglichkeit mehr hatten, zu den Fenstern und Ausgängen zu gelangen. Diese blitzartige Verbreitung des Feuers ist eine Erscheinung, die man nach den langjährigen Erfahrungen bei der Fertigung und Verarbeitung des in Betracht kommenden Stoffes nicht voraussehen konnte. Die in Plauen gemachten Beobachtungen gaben der Centralaufsichtsstelle Anlaß, unverzüglich neue eingehende Vorschriften für solche Betriebe aufzustellen. Danach dürfen in Zukunft nur noch einstöckige Gebäude und Räume, die zu ebener Erde liegen, benutzt werden. Die Arbeitsräume müssen weitgehend durch Brandmauern untergeteilt werden, so daß das Uebergreifen eines Brandes von einem auf die anderen Räume nicht möglich ist. In jedem Arbeitsraum dürfen nur soviel Arbeiter beschäftigt werden, wie es der regelmäßige Fortgang des Betriebes erfordert; Explosivstoffe dürfen nicht darin gelagert werden. Jeder Raum muß an zwei gegenüberliegenden Seiten nach außen aufschlagende Türen und Fenster haben, die von innen ohne weiteres geöffnet werden können. Von der Centralaufsichtsstelle ist ferner erneut angeordnet, daß allen feuergefährlichen Betrieben, welche ähnliche Stoffe verarbeiten, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Forderungen, den Arbeitern zur Belehrung über die Betriebsgefahren Merkblätter zu übergeben, werden Berücksichtigung finden. Die Forderung, daß in jedem Betrieb ein besonderer für die Sicherheitsmaßnahmen geschulter Aufsichtsbeamter vorhanden sein muß, ist bereits in mehreren Merkblättern vorgeschrieben. In das neueste Merkblatt sind auch Bestimmungen aufgenommen, welche diesen Aufsichtspersonen gegenüber dem Unternehmer eine weitgehende Unabhängigkeit sichern.

Vertreter der Arbeiter sind bereits mehrfach zu den Arbeiten der Ueberwachungsausschüsse herangezogen. Es wird in noch größerem Umfange geschehen. Es wird aber wegen der großen Verschiedenheit der Sprengstoffbetriebe nicht immer leicht sein, geeignete Personen aus den Arbeiterkreisen hierfür zu finden. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde hierauf erwidert, daß es dabei weniger auf wissenschaftlich-technische Ausbildung, als vielmehr auf allgemeine praktische Erfahrung sowie darauf ankommt, daß die Arbeitervertreter im Ueberwachungsausschuß das Vertrauen der Arbeiterschaft haben. An erster Stelle kämen die Gau- und Bezirksleiter der gewerkschaftlichen Organisationen in Frage. Diesen Vertretern würden durch die Arbeiterschaft auch Kenntnis von Betriebsmängeln gegeben werden, die bei einer Revision nicht festgestellt werden können. Der von den Gewerkschaftsvertretern gemachte Vorschlag wird geprüft und nach Möglichkeit durchgeführt werden. Weiter wurde ausgeführt, daß für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe, die gesundheitsschädliche Nitroverbindungen, besonders Dinitrobenzol herstellen oder verarbeiten, bereits eine dauernde ärztliche Kontrolle eingeführt ist, auch sind Merkblätter zur Ausgabe gelangt, die über das Verhalten der Arbeiter zum Schutze ihrer Gesundheit Anweisung geben. Die Arbeiter werden darüber auch durch Ärzte, Heilgehilfen und Schwestern belehrt. Etwaige Beschwerden über mangelhafte Einrichtungen in Betrieben können die Arbeiter nach wie vor bei den zuständigen Gewerbeinspektoren anbringen, deren Tätigkeit in keiner Weise geändert oder eingeschränkt ist. Auch die Ueberwachungsausschüsse werden etwaige Beschwerden entgegennehmen.

Es ist zu erwarten, daß die Beratungen dazu beitragen werden, den Wünschen der Arbeiter Berücksichtigung zu sichern. Jedenfalls haben sie gezeigt, daß die zuständigen Stellen bereit sind, für die Abstellung von Mängeln sowie für weitere Verbesserungen der Betriebsicherheit zu sorgen.

Andere Organisationen.

50. Jubiläum der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine konnten am 22. September den 50. Geburtstag ihrer Gründung begehen. Sie haben durch Jubiläumsartikel in ihrer Presse und durch Festversammlungen den Tag gefeiert und glaubten insbesondere dabei feststellen zu können, daß ihre Gedanken und Ziele in der deutschen Arbeiterbewegung den Sieg davon getragen hätten. Die leitenden Grundzüge Mag. Hirsch' hätten die Anerkennung der anderen Organisationen gefunden, „auch wenn es von jener Seite nicht offen ausgesprochen wird,“ schreibt Gust. Hartmann im „Gewerkverein“.

Dem müssen wir freilich widersprechen. Die grundsätzliche Stellung der anderen Organisationen „zum Arbeitsverhältnis und zum gewerblichen Einigungswesen, zur Einordnung der Arbeiterschaft in das Staatsganze, zur Sozialpolitik, zum Unterstützungswesen und vielem anderen“ hat mit den damaligen Gegensätzen zwischen der sozialistisch beeinflussten Arbeiterschaft und den Begründern der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine sehr wenig oder gar nichts zu tun. Hirsch verfolgte mit seiner Gründung das politische Ziel, die Arbeiter bei der Fahne der Fortschrittspartei zu halten und er verkündete die Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. In diesen beiden Punkten war der Gegensatz in der prinzipiellen Stellung gegeben und daran hat sich im Prinzip bis heute nichts geändert. Selbst die christlichen Gewerkschaften haben die Harmonielehre verworfen und den Kampf gegen das Unternehmertum geführt, wenn es ihnen notwendig erschien. Die Gewerksvereine (H.-D.) sind im Laufe der Jahrzehnte auch von ihrem Harmoniestandpunkt abgekommen, haben sich Streiks angeschlossen oder selbst solche geführt; sie sind eben vom Strudel des Klassenkampfes mitgerissen worden, weil sich immer mehr herausstellte, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sich doch nicht durch schöne Lehrsätze überbrücken ließen, sondern durchgekämpft werden mußten. Einigungswesen, Vertragsverhältnis usw., alles basiert auf der Tatsache, daß die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf den Arbeitgebern erst die Einsicht von der eigenen Kraft der Arbeiterorganisationen beigebracht haben. Und die Erfahrung lehrt, daß diese Einsicht von Zeit zu Zeit immer wieder erneuert werden muß!

Also, wir können ganz und gar nicht zugestehen, daß die Grundzüge Mag. Hirsch' irgendwie in der deutschen Arbeiterklasse gesiegt hätten. Aber wir wollen den Gewerksvereinen gerecht werden und erkennen daher gerne an, daß sie im letzten Jahrzehnt eine Haltung eingenommen haben, die es den anderen Organisationen ermöglichte, von Fall zu Fall mit ihnen eine Strecke gemeinsamen Weges zu gehen. Insbesondere hat sich während des Krieges ein Verhältnis herausgebildet, das geeignet erscheint, die Gegensätze der Vergangenheit ruhen zu lassen und anstatt dessen den Blick in die Zukunft zu werfen, wo viele Aufgaben der Arbeiterbewegung ihrer Lösung harren.